

Intoleranz auf allen Seiten bekämpfen

Immer häufiger werden muslimische Menschen Opfer populistischer islamfeindlicher Parolen. Um der Verunsicherung der Bevölkerung entgegenzuwirken und eine Verständigung zwischen den Kulturen zu erreichen, setzen wir uns für einen Dialog mit dem Islam ein. Dazu muss die Landesregierung alle Bürgerinnen und Bürger über das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) und den damit verbundenen Diskriminierungsschutz umfassend informieren und beraten und Betroffene unbürokratisch unterstützen. Mit Aufklärungsarbeit und mit Maßnahmen gegen Übergriffe wollen wir die Akzeptanz von Musliminnen und Muslimen in der Gesellschaft verbessern. Nordrhein-westfälische Schulen sollen religiöse Vielfalt als eine Selbstverständlichkeit vermitteln. Dazu sind Fortbildungen für Lehrerinnen und Lehrer und die Verankerung in Lehrplänen und Richtlinien notwendig. Die Landesverwaltung muss ihre Vorbildfunktion für Wirtschaft und Gesellschaft wahrnehmen, Diversity- Konzepte erarbeiten und sie umsetzen. Leitbild und Ziel ist die vorurteilsfreie und selbstbestimmte Findung der eigenen religiösen Identität und die Möglichkeit, diese frei von Diskriminierungen ausleben zu können. In der Landesjugendhilfe ist eine stärkere Akzeptanz und Sensibilität in Fragen religiöser Vielfalt gefordert. Rassistische, antisemitische, frauenfeindliche und islamophobe Tendenzen in unserer Gesellschaft werden wir weiterhin bekämpfen.

Wir wollen

- den Islam einbürgern und islamische Religionsgemeinschaften anerkennen;
- deutschsprachigen islamischen Religionsunterricht an unseren Schulen einführen und Lehrpersonal und Theologen an Lehrstühlen ausbilden;
- Diskriminierung jeder Art bekämpfen. Wir wollen gegen Islamophobie vorgehen, dadurch aber auch religiösem Fanatismus den Boden entziehen.



www.fetic.de
SAMIR FETIC

geb. 01.01.1973 in Bosnien-Herzegovina
seit 1975 im Ruhrgebiet
Mitarbeiter der Landesverwaltung
stellv. Sprecher des AK Grüne Muslime NRW
WWW.GRUENE-MUSLIME.DE

Bei dieser Landtagswahl hat man erstmals zwei Stimmen: eine Erststimme für den Kandidaten und eine Zweitstimme für die Liste der Partei.

Für GRÜNE ist die Zweitstimme besonders wichtig.

**Wählen Sie mit der Erststimme Samir Fetic!
Wählen Sie mit der Zweitstimme DIE GRÜNEN!**

Termine mit GRÜNEN zur Landtagswahl 2010

Freitag, 23.4., 19.30 Uhr, Innenstadt
Geburtstagsfeier 30 Jahre GRÜNE Essen
im Unperfekthaus, Fr.-Ebertstraße/Einkaufszentrum

Samstag, 24.4., 10.30 Uhr, Ahaus
Busfahrt der GRÜNEN nach Ahaus über Mülheim-HBF
Abfahrt in HBF Südseite / ersatzweise Hachestraße

Sonntag, 25.4., 11.00 Uhr, Glückaufkino
Filmmatinee der GRÜNEN, Rüttenscheider Straße
Gezeigt wird der legendäre Wackersdorfffilm WAA in Konzert.
Eintritt frei!

Samstag, 1.5., 14.00 Uhr, Heisingen
„Wähler fischen an der Ruhr“
Bürgerfest der GRÜNEN mit Mehrdad
am Stauseebogen 39 beim Fischerverein Heisingen

Donnerstag, 6.5., 16.15 - 19.00 Uhr, Kennedyplatz
Kundgebung der GRÜNEN
mit Cem Özdemir und Sylvia Löhrmann
Es spielt das Stringtett mit der Sängerin Nadja Großpietsch.

ZUKUNFT DURCH VIELFALT

SAMIR FETIC



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
www.gruene-essen.de

**9. MAI 2010
ZWEITSTIMME: GRÜN**

MACHT MEHR MÖGLICH

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
www.gruene-essen.de

12 GRÜNDE FÜR GRÜN Für eine ökologisch-soziale Politik

- Wir ermöglichen 200.000 neue Jobs durch gezielte Investitionen in Klimaschutz, Umweltwirtschaft, Bildung, Gesundheit und den sozialen Arbeitsmarkt.
- Wir wollen konsequenten Klimaschutz durch eine echte Energiewende – ohne Atom, ohne neue Kohlekraftwerke.
- Wir wollen den Ausstieg aus dem Atomausstieg stoppen, weil Atomkraft nicht beherrschbar und die Endlagerung des Atommülls nicht geklärt ist.
- Wir setzen uns für gerechte und leistungsstarke Schulen mit längerem gemeinsamen Lernen aller Kinder ein.
- Wir schaffen Studiengebühren ab und verbessern die Studienbedingungen.
- Wir sind für mehr und bessere Kitas, für die Elternbeiträge perspektivisch wegfallen.
- Wir kämpfen für soziale Gerechtigkeit, gegen Armut und für Mindestlöhne.
- Wir wollen Mensch und Umwelt schützen. Wir stoppen Gentechnik, kämpfen für Artenvielfalt, Tierschutz, sauberes Wasser sowie saubere Luft und stärken Verbraucherrechte.
- Wir starten eine Ausbauoffensive für Busse und Bahnen und wollen überall in NRW das Sozialticket einführen.
- Wir wollen gleichen Lohn für gleiche Arbeit und Frauenquoten in Aufsichtsräten und Parlamenten.
- Wir stehen für Demokratie und Mitbestimmung, kämpfen gegen Überwachungskameras und Online-Durchsuchungen.
- Wir wollen handlungsfähige Städte und Gemeinden – durch einen Altschuldenfonds, verlässliche Einnahmen und weniger Lasten.

KULTURELLE VIELFALT ALS CHANCE BEGREIFEN

4,1 Mio. Menschen mit Migrationsgeschichte leben in NRW. Ob sie auch wirklich hier zu Hause sind und ihr Potential nutzen können, hängt allein von einer guten Integration ab. Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wir müssen daran arbeiten, Benachteiligung abzubauen und die vielfältigen Aufgaben, die sich einem Einwanderungsland stellen, zu bewältigen. Dies ist umso nötiger, als wir in Zukunft aufgrund der demografischen Entwicklung wieder mehr Zuwanderung brauchen. NRW ist und bleibt das Einwanderungsland – nutzen wir die Chancen, die in dieser Tatsache liegen, und fördern wir die Vielfalt.

Großzügigere Zuzugsregelungen schaffen – Abwanderung verhindern

Von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt ist Deutschland zum Auswanderungsland geworden. Seit 2008 wandern mehr ehemalige Eingewanderte oder ihre Kinder aus, als aus dem Ausland zu uns kommen. Ursache verminderter Einwanderung sind restriktive Regelungen des Zuwanderungsgesetzes, Ursache vermehrter Auswanderung sind schlechtere Lebens- und Arbeitsbedingungen als in anderen Ländern sowie Diskriminierung auf dem deutschen Arbeitsmarkt.

Wir brauchen mehr Zuwanderung durch ein bundeseinheitliches Punktesystem. Mögliche Kriterien sind z.B. Alter, Qualifikation, Sprachkenntnisse und Arbeitsmarkterfordernisse. Unser mehrgliedriges Schulsystem benachteiligt Kinder – allgemein aus sozial schlechter gestellten Familien und insbesondere aus sozial schlechter gestellten Zuwandererfamilien. Diese Benachteiligung durch unser selektives Bildungssystem wollen wir beseitigen. Wir brauchen auch Erleichterungen beim Ehegattennachzug durch Abschaffung des vorherigen Deutschtests. Die strengen Zuwanderungsregelungen für Jüdinnen und Juden aus Osteuropa müssen gelockert werden. Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus müssen wir entschlossen entgegenreten.

Vor allem aber brauchen wir dringend einen Mentalitätswandel in Politik und Gesellschaft. Denn vielen Menschen gelten Zuwanderinnen und Zuwanderer noch immer als Belastung, nicht als Bereicherung. Im neuen Landtag wollen wir versuchen, den seit 2001 bestehenden Konsens zwischen den Parteien in grundlegenden Fragen der Migrations- und Integrationspolitik fortzusetzen. Darüber hinaus wollen wir einen solchen Konsens auf zivilgesellschaftliche Gruppen ausdehnen, um die Wirkung in die breite Öffentlichkeit noch zu verstärken. Ziel ist ein klares Bekenntnis zur Zuwanderung, die gesellschaftliche Ächtung von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus und ein positives Signal an die Zugewanderten unseres Landes.

Integration – eine Aufgabe, die sich lohnt

NRW engagiert sich traditionell stark für eine bessere Integration von Migrantinnen und Migranten. Allerdings wurden in Schlüsselfragen der Migrationspolitik in den letzten Jahren Positionen vertreten, die das glatte Gegenteil von Integration bewirken: Unser mehrgliedriges Bildungssystem benachteiligt Kinder aus sozial schlechter gestellten Zuwandererfamilien, die Hürden für die Einbürgerung wurden erhöht, bei der politischen Teilhabe und der rechtlichen Gleichbehandlung von Migrantinnen und Migranten wurden keine Fortschritte erzielt, der Migrationshaushalt des Landes ist zusammengeschrumpft.

Schöne Worte reichen nicht aus, um Fortschritte zu erzielen. Ein Landesintegrationsgesetz soll sicherstellen, dass die Kommunen bei ihren Anstrengungen unterstützt und finanzielle Mittel zur Integrationsförderung bereitgestellt werden.

WELTANSCHAULICHE UND RELIGIÖSE VIELFALT IN NRW STÄRKEN

Weltanschauliche und religiöse Vielfalt ist in NRW längst Realität. Dazu gehört auch, den Dialog zwischen den Religionsgemeinschaften zu fördern. Der Schulunterricht muss diese Vielfalt widerspiegeln und die Schülerinnen und Schüler befähigen, selbstständig individuelle Werte zu erarbeiten. Der Islam stellt heute die drittgrößte Glaubensrichtung in NRW dar. Wir wollen insbesondere den Dialog mit unseren muslimischen Bürgerinnen und Bürgern stärken. Ziel ist ein institutionalisierter Dialog und die Kooperation zwischen Staat, Musliminnen und Muslimen auf der Grundlage unseres Rechtsstaats.

Islam einbürgern – islamische Religionsgemeinschaften anerkennen

Wir wollen für die große Anzahl muslimischer Schülerinnen und Schüler in NRW islamischen Religionsunterricht einführen. Dafür brauchen wir Lehrkräfte, die das Fach in deutscher Sprache und unter deutscher Schulaufsicht unterrichten. Zur Ausbildung der Lehrkräfte und der islamischen Theologinnen und Theologen sind entsprechende Lehrstühle an den Universitäten einzurichten. Diese können auch als Seelsorge- und Seelsorger in Gefängnissen und Kliniken arbeiten. Neben diesen Maßnahmen, die dem interreligiösen Dialog zugute kommen, müssen auch selbst organisierte muslimische Netzwerke und Sozialeinrichtungen gefördert werden, ebenso die verstärkte politische Partizipation von Musliminnen und Muslimen.

Für eine dauerhafte Kooperation zwischen Staat und Islam bedarf es anerkannter muslimischer Religionsgemeinschaften. Der Staat soll muslimischen Religionsgemeinschaften organisatorische Hilfe bei der Gründung von Gemeinschaften anbieten, die die Voraussetzungen des deutschen Religionsverfassungsrechtes erfüllen und die dann mit anderen Religionsgemeinschaften gleichgestellt werden können. Dies erfordert eine stärkere Transparenz über die Mitgliedschaften der muslimischen Verbände und eine Öffnung für bisher unabhängige Moscheegemeinden. Zu Gleichstellung und Respekt vor unterschiedlichen religiösen Auffassungen gehört auch, dass kopftuchtragende Lehrerinnen in der Schule nicht diskriminiert werden.